

Gesellschaftliche Kohäsion nach der Pandemie

Ergebnisse im Überblick



DIE ZENTRALE FRAGE: HAT DIE CORONA-PANDEMIE DIE GESELLSCHAFT IN SÜDTIROL DAUERHAFT GESPALTEN?

Die Studie „Gesellschaftliche Kohäsion nach der Pandemie“ untersucht, wie die Bevölkerung die Pandemie heute rückblickend bewertet. Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen:

- **Wie wirken sich die Erfahrungen der Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Südtirol aus?**
- **Welche Folgen sind bis heute spürbar?**

Für die Studie wurden drei sozialwissenschaftliche Methoden kombiniert:

- 1.** Eine prozessanalytische Fallrekonstruktion, die anhand von über 4.000 Medienberichten und mehr als 500 amtlichen Dokumenten nachzeichnet, wie die Pandemie in Südtirol verlief und wie öffentlich über sie gesprochen wurde
- 2.** Elf Gruppendiskussionen mit 86 Menschen aus allen Landesteilen, die das subjektive Erleben der Pandemie greifbar machen
- 3.** Eine repräsentative Befragung von 1.424 Personen, die die allgemeine Verteilung von Meinungen und Einstellungen zur Pandemie und ihrer politischen Bewältigung aufzeigt

Auf Grundlage der empirischen Ergebnisse wurden konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitet. Dafür wurden zusätzlich elf Expertinnen und Experten zu den jeweiligen Themenfeldern interviewt.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

1.

EINE BREITE MITTE, KEINE ZWEI LAGER

Die Daten zeigen keine tief gespaltene Gesellschaft. Gut drei Viertel der Bevölkerung gehören einer breiten Mitte an. Nur etwa jede zehnte Person lässt sich einem von zwei klar gegensätzlichen Lagern zuordnen.

78 % gehören einer breiten gesellschaftlichen Mitte an.

11 % bilden zwei klar positionierte Gruppen.*

* Dieser Überblick enthält eine Auswahl zentraler Studienergebnisse. Die vollständigen Ergebnisse und methodischen Erläuterungen finden sich im Forschungsbericht „Gesellschaftliche Kohäsion nach der Pandemie“.

„Maßnahmenbefürworter gegen Maßnahmegegner“, „Vernünftige gegen Querdenker“, „Geimpfte gegen Ungeimpfte“: Kaum ein Bild der Pandemie hat sich so eingepreßt wie das der gespaltenen Gesellschaft, zweier Lager, die einander unversöhnlich gegenüberstehen. Doch heftiger Streit über einzelne Themen ist nicht dasselbe wie eine Spaltung. Entscheidender ist vielmehr, wie sich die Haltungen zu den verschiedenen Themen der Pandemie in der Bevölkerung verteilen. Von Spaltung kann erst dann gesprochen werden, wenn sich die Haltungen zu zwei festen, gegensätzlichen Lagern ordnen: Wer einem Lager angehört, teilt dessen Haltung über eine ganze Reihe von Themen hinweg, und zwar im klaren Widerspruch zum anderen. Noch tiefer reicht die Spaltung, wenn diese Lager nicht nur Gesinnungslager sind, sondern zusätzlich mit soziostrukturellen Unterschieden – zum Beispiel Sprache, Klasse, Bildung, Alter, Geschlecht oder Stadt und Land – zusammenfallen.

Die empirischen Ergebnisse stützen dieses Bild nicht. Die Haltungen zu den umstrittenen Fragen der Pandemie, von den Freiheitseinschränkungen bis zur Impfkampagne, zerfallen nicht in zwei in sich geschlossene Lager, sondern sammeln sich in einer breiten Mitte: Rund drei Viertel der Befragten sind dort zu verorten (78 %). Diese Mitte hat sich kaum festgelegt. Zu den meisten Streitfragen bezieht sie keine klare Position, sondern bleibt unentschieden oder hält sich zurück. Die Haltungen des Großteils der Bevölkerung lassen sich also nicht zwei Lagern zuordnen.

Klar und entgegengesetzt positioniert sind dagegen nur zwei kleine Gruppen, zusammen rund ein Zehntel (11 %): Die eine bejaht sowohl die offizielle Deutung der Pandemie – dass die Gefahr also real war und ihr Ausmaß den drastischen Eingriff in das Leben der Menschen rechtfertigte – als auch den politischen Umgang mit ihr. Die andere lehnt beides ab. Beide vertreten in sich stimmige und einander widersprechende Haltungen, und das sowohl zu Fragen der Pandemie als auch zu anderen sozialen und politischen Themen.

Ihr Widerspruch ist also nicht zwangsläufig in der Pandemie entstanden: Beide bringen vermutlich eine bereits gefestigte Gesinnungslage mit und ordnen die Pandemie lediglich darin ein. Mit der sozialen Lage fällt dieser Widerspruch jedoch nicht zusammen: Weder Sprachgruppe noch Bildung noch die Grenze zwischen Stadt und Land erklären die Zugehörigkeit zu den beiden Gruppen. Kurz: Die Haltungen zu umstrittenen Fragen der Pandemie zeigen keine zwei verfeindeten Lager, sondern eine große, zurückhaltende Mitte mit zwei kleinen, stärker positionierten Ausfransungen (Abbildung 1).

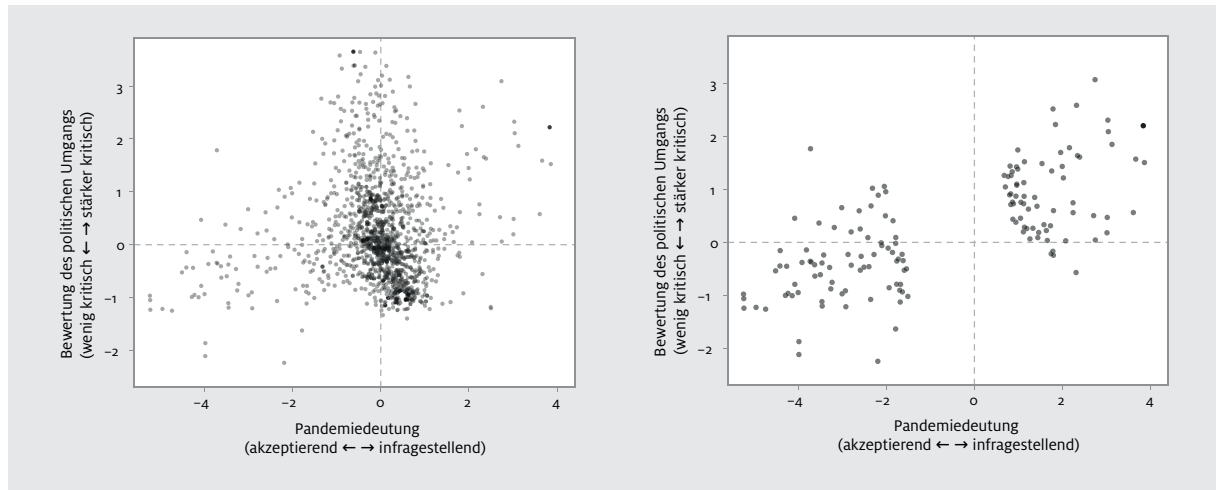


Abbildung 1: Die breite Mitte und die beiden Pole. Jeder Punkt entspricht einer befragten Person, verortet nach ihrer Deutung der Pandemie (waagrechte Achse) und ihrer Bewertung des politischen Umgangs (senkrechte Achse). Links: alle Befragten (n = 1.424). Rechts: nur die beiden klar positionierten Gruppen (zusammen rund ein Zehntel der Befragten). Grundlage: kategoriale Hauptkomponentenanalyse (CATPCA) über 13 pandemiebezogene Items; Gruppenbildung mittels k-Means auf Basis der Objektwerte (object scores).

2.

GEFÜHLTE SPALTUNG, BELASTETE BEZIEHUNGEN

Viele Menschen erlebten die Pandemie als Zeit gesellschaftlicher Spaltung. Dahinter standen vor allem persönliche Konflikte und belastete Beziehungen – meist nicht, weil unvereinbare Positionen aufeinandertrafen, sondern weil die Diskussionskultur kaum Zwischentöne zuließ.

62 % erinnern die Pandemie als Zeit gesellschaftlicher Spaltung.

74 % erlebten Konflikte im privaten oder beruflichen Umfeld.

41 % der Befragten berichten von dauerhaft belasteten Beziehungen.*

* Dieser Überblick enthält eine Auswahl zentraler Studienergebnisse. Die vollständigen Ergebnisse und methodischen Erläuterungen finden sich im Forschungsbericht „Gesellschaftliche Kohäsion nach der Pandemie“.

Warum entstand dieser Eindruck einer tief gespaltenen Gesellschaft?

Knapp zwei Drittel der Befragten erinnern die Zeit der Pandemie als eine Zeit gesellschaftlicher Spaltung (62 %), und gut die Hälfte (51 %) meint, dass diese Spaltung bis heute fortbesteht. Verbreitet ist aber nicht nur dieser Eindruck, sondern ebenso die persönliche Erfahrung von Konflikten in dieser Zeit: Fast drei Viertel der Befragten (74 %) berichten von mindestens einer Auseinandersetzung über Fragen der Pandemie im privaten oder beruflichen Umfeld. Und diese Konflikte blieben vielfach nicht folgenlos: Bei rund vier von zehn Menschen in Südtirol (41 %) haben sich bestimmte Beziehungen aufgrund der Pandemie bis heute nachhaltig verschlechtert. Zwar gab es im persönlichen Nahbereich auch Solidarität und gegenseitige Hilfe, doch insgesamt hat die Pandemie das soziale Gefüge in Südtirol deutlich geschädigt. Die empirischen Ergebnisse zeigen zudem, dass der Eindruck einer gespaltenen Gesellschaft außerordentlich stark mit persönlichen Konflikt Erfahrungen zusammenhängt: Unter denen, die die Gesellschaft als gespalten erinnern, haben fast zwei Drittel selbst wiederholt gestritten (65 %); unter denen, die keine Spaltung sehen, nur etwa jede dreizehnte Person (8 %). Die Diagnose einer gespaltenen Gesellschaft wurzelt damit vor allem im selbst Erlebten: Wer die Gesellschaft als gespalten erinnert, hat die Spaltung in aller Regel selbst erfahren – im Zerwürfnis mit dem Schwiegervater, der Kollegin oder dem alten Freund. Diese Wahrnehmung ist kein Irrtum; sie hat einen realen Kern. Nur liegt dieser Kern in den beschädigten Beziehungen – nicht in zwei verfeindeten Meinungslagern.

Wie aber kam es zu so viel Streit, wenn die Haltungen zu den strittigen Fragen der Pandemie gar nicht so weit auseinanderlagen? Der Streit hat vermutlich weniger damit zu tun, welche Haltung jemand vertritt oder ob jemand überhaupt eine Meinung hat, als mit den Bedingungen, unter denen alltägliche Verständigung normalerweise gelingt. Einigkeit in Beziehungen kommt meist auch dann zustande, wenn im Alltag vieles unausgesprochen bleibt: Heikle Themen werden gemieden, stillschweigend wird Einigkeit unterstellt, und es muss für gewöhnlich auch nicht zu allem Stellung bezogen werden. In der Pandemie war das anders. Weil sie den Alltag beherrschte, ließ sich eine Stellungnahme zu Lockdown, Impfkampagne oder Maskenpflicht kaum noch umgehen. Und diese war mit gewissen Risiken verbunden. Denn eine solche Stellungnahme musste an den öffentlichen Diskurs anschließen, und dieser, nicht die Bevölkerung selbst, folgte einer Lagerlogik, die jede Äußerung automatisch einem Lager zuordnete. Die empirischen Ergebnisse deuten darauf hin, dass dazu eine Moralisierung zentraler Themen, insbesondere der Impfung, ebenso beitrug wie ein gewisser Sensationalismus der Medien. Dass sich dieser Diskurs bis in die alltägliche Verständigung niederschlug, belegt eine Stimme aus den Gruppendiskussionen: „Die Diskussionskultur ist uns total abhandengekommen [...] du kannst nur mehr für das eine oder das andere sein.“ So wurde schon ein Zweifel, eine Nachfrage oder ein „kommt darauf an“ weniger nach seinem Inhalt gehört als danach, auf welche Seite es womöglich verwies. Vor allem dieser Bekenntniszwang hat die persönlichen Beziehungen belastet.

Wunsch nach Aufarbeitung

Was die Pandemie hinterlässt, ist also weniger eine gespaltene Gesellschaft als ein strapaziertes Beziehungsgefüge. Damit verbunden ist schließlich auch ein breiter Wunsch nach Aufarbeitung. Eine deutliche Mehrheit hält eine kritische Untersuchung der Pandemiezeit für wichtig (69 %) – und zwar quer durch die Bewertungslager. Selbst wer die damalige Politik positiv beurteilt, wünscht sich mehrheitlich Aufarbeitung. Sie ist damit kein Ausdruck von Regierungskritik. Der Wunsch nach Aufarbeitung ist dort am größten, wo Beziehungen unter den damaligen Konflikten gelitten haben (79 %) – deutlich stärker als bei jenen, deren Beziehungen unbeschadet blieben (46 %). Was Aufarbeitung konkret bedeuten soll, ist dabei vielschichtig: Neben einer politischen Aufarbeitung – dem nachträglichen Prüfen und Bewerten der damaligen Entscheidungen – kann darunter auch eine soziale Aufarbeitung fallen: die Aussöhnung beschädigter Beziehungen und ein symbolischer Abschluss der belastenden Zeit.

3.

KRITIK AM UMGANG, NICHT AN DER SACHE

Die Mehrheit hält COVID-19 für deutlich gefährlicher als eine Grippe, bewertet den politischen Umgang damit aber kritisch.

58 % halten COVID-19 für deutlich gefährlicher als eine Grippe; **10 %** teilen diese Einschätzung nicht.

51 % empfinden den damaligen Impfdruck rückblickend als zu hoch; **17 %** sehen das anders.

50 % meinen, Zweifelnde wurden zu schnell stigmatisiert; **15 %** widersprechen.*

* Dieser Überblick enthält eine Auswahl zentraler Studienergebnisse. Die vollständigen Ergebnisse und methodischen Erläuterungen finden sich im Forschungsbericht „Gesellschaftliche Kohäsion nach der Pandemie“.

Die Bevölkerung blickt überwiegend kritisch auf die Zeit der Pandemie zurück. Worauf sich diese Kritik richtet, lohnt jedoch einen genaueren Blick. Zu unterscheiden sind nämlich zwei Ebenen: die Sache und die Form. Die Sache betrifft die Deutung der Pandemie selbst, also ob die Gefahr real war und die Eingriffe im Grundsatz berechtigt waren; die Form betrifft ihre politische Bewältigung, also wie die Maßnahmen konkret gestaltet, kommuniziert und durchgesetzt wurden. Was die Sache angeht, folgt die Mehrheit einer nüchternen Einschätzung der Lage: Die meisten halten COVID-19 für deutlich gefährlicher als eine gewöhnliche Grippe (58 % Zustimmung, 32 % teils/teils, 10 % Ablehnung) und gestehen der Politik zu, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben (53 % Zustimmung, 37 % teils/teils, 10 % Ablehnung); den Nutzen der Impfung erkennt knapp die Hälfte an (46 % Zustimmung, 38 % teils/teils, 16 % Ablehnung). An der Form fällt das Urteil deutlich kritischer aus. Am schärfsten trifft es die Impfkampagne: Eine Mehrheit findet rückblickend, der Druck, sich impfen zu lassen, sei zu groß gewesen (51 % Zustimmung, 32 % teils/teils, 17 % Ablehnung), und ähnlich viele meinen, Zweifelnde seien zu schnell stigmatisiert worden (50 % Zustimmung, 35 % teils/teils, 15 % Ablehnung). Doch die Kritik an der Form bleibt nicht auf die Impfung beschränkt: Viele halten bestimmte Maßnahmen im Rückblick für überzogen (44 % Zustimmung, 40 % teils/teils, 16 % Ablehnung).

Bemerkenswert ist allerdings, von wem diese Kritik getragen wird: nämlich nicht nur von jenen, die der damaligen Politik im Grundsatz ohnehin ablehnend gegenüberstanden, sondern gerade von denen, die sie in der Sache mittrugen. So hielt etwa die Hälfte derer, die sich aus eigener Überzeugung impfen ließen, den damaligen Druck dennoch für zu groß (53 %); und eine klare Mehrheit derer, die der Politik ein ehrliches Bemühen zugestehen, warf ihr zugleich vor, die Gefahr übertrieben dargestellt zu haben (65 %). Genau deshalb lassen sich die Haltungen zu den strittigen Fragen der Pandemie auch nicht ohne Weiteres zwei gegnerischen Lagern zuordnen: An die Stelle zweier geschlossener Blöcke tritt eine breite Abstufung vieler unterschiedlicher Positionen – wie schon der erste Befund gezeigt hat.

4.

NICHT GESEHEN, NICHT GEHÖRT

Viele Menschen hatten das Gefühl, dass ihre Lebensrealität während der Pandemie zu wenig berücksichtigt wurde. Das Gefühl mangelnder Anerkennung wirkt bis heute nach.

Gerade zu Beginn der Pandemie stand eine Frage im Vordergrund: Wie lassen sich Infektionen und Todesfälle eindämmen? Das politische Handeln ordnete sich dieser Frage unter – rasch, zentral, an epidemiologischen Kennzahlen ausgerichtet. Das hatte unter den gegebenen Umständen seinen guten Grund, brachte aber einen Preis mit sich: Die Menschen kamen darin vor allem als epidemiologische Größen vor, als Infektionsrisiken und Fallzahlen, kaum aber in ihren übrigen sozialen Rollen und Lebenslagen. So traten die gesellschaftlichen Dimensionen der Pandemie weit gegenüber den gesundheitlichen Aspekten in den Hintergrund.

Im Zuge der Gruppendiskussionen zeigte sich dies in verschiedener Hinsicht. Zum einen wurde über die Betroffenen entschieden, nicht mit ihnen: Ihre besonderen Lagen flossen kaum in die Maßnahmen ein, und ihr Erfahrungswissen war nicht gefragt. Berufstätige Mütter, deren Mehrfachbelastung aus Beruf, Betreuung und Homeschooling öffentlich kaum benannt wurde, oder chronisch Kranke, die als „Risikogruppe“ bezeichnet, aber nicht als Stimmen mit eigenem Wissen einbezogen wurden, beschreiben dieselbe Erfahrung: über uns, ohne uns. Zum anderen blieb vieles, was geleistet wurde, ohne Würdigung: Das Verkaufspersonal hielt die Grundversorgung aufrecht und blieb im öffentlichen Dank dennoch unsichtbar; Kunst- und Kulturschaffende lasen aus der Einteilung in „systemrelevante“ und „nicht systemrelevante“ Tätigkeiten die Botschaft, ihre Arbeit sei verzichtbar; und das Gesundheitspersonal, anfangs als Heldinnen und Helden gefeiert, sah sich bald von einem Teil der Öffentlichkeit zu Mitschuldigen erklärt.

Und schließlich wog der Entzug von Nähe selbst am schwersten: Kinder und Jugendliche verloren in einer prägenden Lebensphase ihre sozialen Kontakte, und in den Pflegeheimen blieben Besuche und selbst der Abschied von Sterbenden verwehrt. Eine zugespitzte Form nahm die Ausgrenzung der nicht geimpften Personen an: Der Green Pass schloss sie zeitweise von Teilen des öffentlichen Lebens aus, und viele erlebten offene Stigmatisierung. Die Erfahrung, als Trägerin oder Träger der „falschen“ Haltung aus der Gemeinschaft gedrängt zu werden, wirkte besonders schwer nach. So verschieden diese Erfahrungen sind, in ihnen kehrt eine verwandte Grunderfahrung wieder: dass die eigene Lage zu wenig zählte und Menschen kaum oder gar nicht als Gegenüber wahrgenommen wurden. In der Sprache der Anerkennungstheorie ist das Missachtung.

Erfahrungen von Missachtung wiegen schwer. Gesellschaftlicher Zusammenhalt beruht nämlich wesentlich auf wechselseitiger Anerkennung: darauf, dass die Menschen einander als Personen gelten lassen, deren Beitrag zählt, deren Lage berücksichtigt wird und die einer demokratischen Gemeinschaft als Gleiche unter Gleichen angehören. Missachtung ist deshalb keine bloße Kränkung, sondern eine moralische Verletzung, die das Vertrauen in die gemeinsame Ordnung schwächt. Bemerkenswert ist, dass die Betroffenen daraus selten Opferansprüche ableiten. Die meisten haben durchaus Verständnis dafür, dass eine plötzlich und unvorbereitet hereinbrechende Notlage rasche, allgemeine Entscheidungen

verlangt, die nicht jeder einzelnen Lebenslage gerecht werden können. Dennoch bleibt eine Forderung: gehört und gesehen zu werden, mitreden zu können. „Hört auf die Leute, bezieht die mit ein“, sagte eine Teilnehmerin. Dass diese Anerkennungsforderung trotz allem Verständnis Bestand hat, liegt daran, dass sie über die Pandemie hinausweist: Viele dieser Erfahrungen von Missachtung reichen weiter zurück als die Pandemie selbst; die Krise hat sie nicht neu hervorgebracht, sondern lediglich offengelegt. Den Ursachen dieser Missachtungserfahrungen lässt sich daher nicht durch eine Rückkehr zur Normalität begegnen, sondern nur durch die dauerhafte Einbeziehung der bislang übergangenen Stimmen.

5.

STRAPAZIERTES, ABER STABILES VERTRAUEN

Die Pandemie hat das Vertrauen in Politik und Institutionen nicht dauerhaft zerstört. Entscheidend für Vertrauen bleiben finanzielle Sicherheit und das Gefühl, gehört zu werden.

Lockdowns, Kontaktverbote, geschlossene Schulen und Betriebe, Zugangsregeln über den Green Pass: Eingriffe in den Alltag von solcher Tiefe hatte es zuvor nicht gegeben. Dass sie das Vertrauen in Politik und Behörden nachhaltig untergraben könnten, war eine naheliegende Sorge. Ob das Vertrauen tatsächlich gelitten hat, lässt sich allerdings nicht genau bestimmen. Eine einmalige, rückblickende Befragung, wie sie im Rahmen dieser Studie vorgenommen wurde, erlaubt keinen Vorher-Nachher-Vergleich; zudem folgten auf die Pandemie rasch weitere Krisen, etwa Inflation oder die Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs. Ein eigenständiger Effekt der Pandemie lässt sich daher nur schwer isoliert betrachten. Alle verfügbaren Anhaltspunkte sprechen jedoch dafür, dass die Pandemie das Vertrauen nicht dauerhaft gebrochen hat.

Was die Daten zeigen, ist vielmehr, wie stark das rückblickende Urteil über die Krisensteuerung am allgemeinen Vertrauen in die Politik hängt: Wer dieser grundsätzlich vertraut, bewertet das damalige Krisenhandeln eher positiv; wer ihr mit Vorbehalt begegnet, eher kritisch. Was dabei Ursache und was Wirkung ist, lässt sich aus einer einmaligen Befragung nicht entscheiden. Naheliegend ist allerdings, dass ein bestehendes Vertrauen wie ein Filter wirkt, durch den die Pandemiezeit rückblickend beurteilt wird. In dieser Lesart hat die Pandemie das Vertrauen nicht gebrochen, sondern bestehende Grundhaltungen sichtbar gemacht. Festhalten lässt sich daher: Die tieferen Spuren der Pandemie liegen im horizontalen Verhältnis zwischen den Menschen – dem sozialen Zusammenhalt aus dem zweiten Befund –, weniger im vertikalen Verhältnis, das die Bürgerinnen und Bürger mit den Institutionen verbindet.

Warum das Vertrauen in die Politik nicht gebrochen wurde, lässt sich am besten den Gesprächen mit den Betroffenen entnehmen. In fast allen Gruppendiskussionen findet sich nämlich dieselbe entlastende Deutung: Die Pandemie sei eine Lage gewesen, in der unter Zeitdruck und mit lückenhaftem Wissen entschieden werden musste und Fehler unvermeidlich blieben. „Ich hätte auch nie in deren Haut stecken wollen“, heißt es da, oder, wie es eine

ältere Teilnehmerin im Dialekt sagt: „Hinterher isch man olm g'scheider“. Entscheidend ist folglich weniger, wie scharf kritisiert wird, als vielmehr, welche Absicht man hinter etwaigen Fehlern vermutet. Wer der Politik eine gewisse Überforderung zugesteht, ihr aber keinen bösen Willen unterstellt, kann die Maßnahmen für übertrieben, die Regeln für widersprüchlich und einzelne Entscheidungen für falsch halten – und den Institutionen dennoch vertrauen.

Die Pandemie hat das Vertrauen zwar nicht gebrochen, auf Dauer gesichert ist es damit aber nicht. Auf die Probe stellen es vor allem zwei Faktoren, von denen das Vertrauen den empirischen Ergebnissen zufolge am stärksten abhängt. Der erste ist die finanzielle Sicherheit: das Gefühl, gegenwärtig und in Zukunft abgesichert zu sein, das stärker zählt als das tatsächliche Einkommen. Steigende Preise und Mieten, niedrige Löhne oder unsichere Renten können es untergraben. Wer sich finanziell sicher fühlt, hat den Eindruck, das politische System arbeite am Ende auch für die eigene Lage und halte die Bedingungen stabil, in denen es sich leben lässt; wer sich bedroht fühlt, verliert diesen Eindruck. Der zweite ist die Responsivität: das Gefühl, mit den eigenen Anliegen gesehen und gehört zu werden. Sie ist ausschlaggebend für das Vertrauen in die handelnden Politikerinnen und Politiker. Hier berührt sich dieser Befund mit dem vierten, denn Responsivität ist letztlich eine Form der Anerkennung. Wer sich in der Krise übergangen fühlte, dem fehlte genau diese Erfahrung, gesehen und gehört zu werden, und mit ihr eine der wichtigsten Quellen des Vertrauens. Beide Faktoren wirken unabhängig von der Pandemie und reichen über sie hinaus – und gerade sie sind es, die mit Blick auf Gegenwart und Zukunft im Auge zu behalten sind. Eine Politik, die finanzielle Sicherheit gewährleistet und sich den Anliegen der Menschen zuwendet, baut das Vertrauen auf, das eine Gesellschaft auch durch die nächste Krise trägt.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

In der Krise:

- **Soziale Grundbedürfnisse sichern:** Dazu gehören der Kontakt zu nahestehenden Menschen, Bewegung und Teilhabe sowie ein würdevoller Abschied am Lebensende – auch im Ausnahmezustand. Gerade für die Verletzlichsten wog die erzwungene Isolation zum Teil schwerer als die Krankheit selbst.
- **Die Entscheidungsgrundlage verbreitern:** Eine Krise dieser Tragweite sollte nicht einer einzelnen Fachsicht überlassen, sondern auf breite und vielfältige Expertise und auf die Beteiligung der Betroffenen selbst gestützt werden – beides muss bereits vor der Krise angelegt werden, weil es sich unter Zeitdruck nicht leicht improvisieren lässt.
- **Krisenkommunikation verbessern:** Bestehende Unsicherheiten sollten offen benannt, keine einfachen Auswege versprochen und polarisierende Rhetoriken vermieden werden.
- **Auf Gründe setzen, nicht auf Druck:** Legitimität entsteht durch die öffentliche Aushandlung und Rechtfertigung einer Maßnahme – vor allem jenen gegenüber, die ihr kritisch gegenüberstehen.
- **Das Erlebte aufarbeiten:** Die Pandemie sollte gemeinsam eingeordnet und sichtbar daraus gelernt werden, damit aus der Zäsur Lehren für künftige Krisen abgeleitet werden können.

Nach der Krise:

- **Beteiligung ermöglichen:** Ob Menschen der Politik vertrauen, hängt vor allem davon ab, ob sie sich mit ihren Anliegen gehört fühlen. Deshalb sollten verlässliche Gelegenheiten zur Mitwirkung geschaffen werden, die gerade auch jene erreichen, die sich von der Politik abgewandt haben.
- **Beteiligung wirksam machen:** Gehört zu werden genügt jedoch nicht – Mitwirkung muss sichtbar in Entscheidungen einfließen. Bleibt sie folgenlos, kippt sie in Ernüchterung und Rückzug.
- **Begegnung pflegen:** Der Zusammenhalt lebt von alltäglichen Beziehungen und den Orten, an denen sie entstehen – Vereinshaus, Bibliothek, Sportplatz, Dorfladen. Diese soziale Infrastruktur, die auch in der Krise Halt gibt, gilt es zu stärken.
- **Schieflagen angehen:** Die Pandemie hat bestehende Ungleichheiten sichtbar gemacht und verschärft. Über viele gesellschaftliche Gruppen hinweg wurden Leistungen erbracht, ohne ausreichend anerkannt oder materiell angemessen honoriert zu werden. Wer besondere Lasten trägt, sollte daher beides erfahren: spürbare Wertschätzung und faire Rahmenbedingungen – von angemessenen Arbeitsbedingungen und gerechter Entlohnung bis hin zu verlässlicher öffentlicher Förderung.
- **Die Grundlagen der Teilhabe sichern:** Demokratischer wie sozialer Zusammenhalt ruhen auf einer materiellen Grundlage. Schon die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss man sich leisten können. Erst wer wirtschaftlich einigermaßen gesichert ist, hat den Spielraum, sich über die eigenen Sorgen hinaus kollektiven Anliegen zuzuwenden, sich politisch einzubringen und der Politik zu vertrauen.

Das Forschungsprojekt „Gesellschaftliche Kohäsion nach der Pandemie“ (GEKOP) wurde von der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol finanziell gefördert.



Der Forschungsbericht „Gesellschaftliche Kohäsion nach der Pandemie“ steht unter folgendem **Link zum Download zur Verfügung:**

<https://doi.org/10.57749/cr10-3765>



Informationshinweis zur Umfrage - AGCOM unter folgendem Link:

<https://www.eurac.edu/de/press/keine-gespaltene-gesellschaft-aber-belastete-beziehungen>

Eurac Research

Center for Advanced Studies
Drususallee 1
39100 Bozen, Italien
T +39 0471 055 055
advanced.studies@eurac.edu
www.eurac.edu

Projektleitung: Harald Pechlaner

Wissenschaftliche Leitung: Christoph Kircher

Autorinnen und Autoren: Christoph Kircher,
Felix Windegger, Jenny Ufer, Kathrin Runggatscher,
Thomas Klaffke, Mirjam Gruber, Katharina Gruber,
Chiara Paris, Harald Pechlaner

Grafische Gestaltung: Eurac Research

© Eurac Research, 2026

